

Vorwort

Mit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahre 1992 wurde das Ziel einer „Nachhaltigen Entwicklung“, d.h. wirtschaftliche und soziale Belange sowie die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen miteinander in Einklang zu bringen, als Leitlinie für die zukünftige Entwicklung der Welt allgemein anerkannt. Alle in Rio beteiligten Staaten haben sich dazu verpflichtet, im nationalen Rahmen konkrete Schritte für eine nachhaltige Entwicklung aufzuzeigen.

Zehn Jahre nach Rio wird im Jahre 2002 der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg Bilanz ziehen und Leitlinien für die zukünftige Entwicklung geben. Vor diesem Hintergrund hat der 14. Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ eingesetzt und diese beauftragt, Antworten auf die Herausforderungen der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Bewältigung des globalen Wettbewerbs um die Energiereserven und der Schaffung humaner Lebensbedingungen für eine weiter wachsende Weltbevölkerung zu geben und Handlungsempfehlungen für den Deutschen Bundestag zu entwickeln. In diesem Sinne hat die Enquete-Kommission das Ziel, den Diskussionsprozess zur Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben, Ansätze für eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten und damit einen Beitrag für den notwendigen internationalen Konsens in Johannesburg zu leisten.

Mit dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg wird der Diskussionsprozess nicht beendet sein. Nachhaltige Entwicklung ist kein statisches Konzept, sondern setzt einen fortwährenden Such- und Dialogprozess voraus.

Eine zuverlässige Energieversorgung ist die entscheidende Basis für wirtschaftliches Wachstum und sozialen Wohlstand. Der Zugang zu zuverlässiger und bezahlbarer Energie, der zwei Milliarden Menschen auf der Welt nicht verfügbar ist, stellt damit ein herausragendes Problem dar. Trotz beachtlicher Fortschritte in den letzten Jahren haben sich die Probleme, die zu der Rio-Konferenz geführt haben, nicht grundlegend verändert: Immer noch leben viele Menschen auf der Erde in großer Armut. Auch die Belastungen für die Umwelt, z.B. durch steigende Treibhausgasemissionen, nehmen nicht erkennbar ab. Damit stellen die Herausforderungen des Umweltschutzes und die Frage nach einer aus-

reichenden Verfügbarkeit von Energie die zentralen Problemfelder des Rio+10-Prozesses dar.

Als Industrienationen haben wir die Verpflichtung, auf die wachsenden Bedürfnisse der Menschen Rücksicht zu nehmen, die nicht in wohlhabenden Industrienationen leben und die schon heute den weit überwiegenden Teil der Menschheit ausmachen. Ihre berechtigten Ansprüche auf Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung sind unmittelbar mit einer ausreichenden Versorgung an preiswerter Energie verbunden. Da dieser Teil der Weltbevölkerung steile Wachstumsraten aufweist, sind die Industrienationen moralisch und ethisch in der Pflicht, nicht nur sparsam mit der Nutzung der Energievorräte umzugehen, sondern auch neue Technologien zu entwickeln und zu nutzen, um im Sinne der Bewahrung der Schöpfung die Risiken eines weltweit ständig steigenden Energiebedarfs so gering wie möglich zu halten.

Wir müssen erkennen, dass mit dem heute erreichten Umfang der Nutzung von Energie stärker in das Klimageschehen auf unserem Planeten eingegriffen wird, als es die Lebenserfahrung jedes einzelnen zunächst vermuten lassen würde. Die meisten Veränderungen und Auswirkungen machen sich – gemessen an der Lebenserwartung eines Menschen – eher schleichend bemerkbar. Darüber hinaus erfolgen in der Regel die Auswirkungen des Klimageschehens nicht unmittelbar an den Stellen, an denen die Ursachen für die Veränderungen gesetzt wurden. Diese Umstände machen es so schwer, die erforderliche Einsicht und Aufmerksamkeit für einen nachhaltigen Umgang mit Energieresourcen zu wecken.

Auch wenn die jetzigen Erkenntnisse über die komplexen Vorgänge des Klimageschehens noch Fragen offen lassen und nicht abschließend wissenschaftlich geklärt sind, so sprechen gute Gründe dafür, im Sinne der Vorsorge die Arbeit an einer klimaverträglichen Energiepolitik für die nächsten Jahrzehnte verstärkt fortzusetzen. Dabei muss jedes Konzept zur Umweltverträglichkeit mit Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Verträglichkeit abgestimmt werden, um den Kriterien des Leitbildes einer nachhaltigen zukunftsfähigen Entwicklung zu entsprechen.

Die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energieversorgung zu gestalten, gehört damit zu den großen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Meistern kann diese Her-

ausforderungen jedoch nur, wer diese Gestaltungsaufgabe in Anerkennung der Realität mit zukunftsfähigen Visionen verbindet.

Nur mit einem solchen Konzept besteht die Möglichkeit, eine stabile Energiepolitik zu schaffen, die zugunsten der nachfolgenden Generationen das Problem des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung und -nutzung dauerhaft sichert. Durch die Internationalisierung der Energiewirtschaft und die zunehmende Liberalisierung der Märkte ändern sich die Rahmenbedingungen für die nationale Energieversorgung. Nationale Energiepolitik muss viel stärker als bisher globale Fragen berücksichtigen – insbesondere auch aufgrund der unterschiedlichen Verteilung der Ressourcen und des Wettbewerbs auf den Energiemärkten. Sie wird sich zunehmend als verantwortlicher Teil der internationalen und europäischen Politik definieren müssen.

Nach gut zweijähriger Beratungszeit und sechs Monate nach Vorlage des Zwischenberichts legt die Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ dem Deutschen Bundestag ihren Endbericht vor. Damit geht eine Zeit intensiver Arbeit zu Ende, die sowohl von der Suche nach Kompromissen als auch von der Auseinandersetzung mit grundsätzlich unterschiedlichen Auffassungen geprägt war. Die Komplexität des Themas und die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit stellten für die Kommission eine gewaltige Herausforderung dar. Dafür, dass sie sich dieser Herausforderung gestellt haben, möchte ich allen Kommissionsmitgliedern herzlich danken. Eine besondere Anerkennung gilt dabei den sachverständigen Mitgliedern, die die sehr anspruchsvolle und zeitintensive Arbeit für die Enquete-Kommission neben ihrer hauptamtlichen Tätigkeit geleistet haben.

Unterstützt wurde die Kommission durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sekretariats, denen ich für die geleistete Arbeit ebenfalls danken möchte.

Die Aufgabe konnte nur bewältigt werden, indem sich die Kommission auf die wesentlichen Fragen einer nachhaltigen Energieversorgung für das 21. Jahrhundert konzentriert hat, wie z.B. die verschiedenen Ziele für ein nachhaltiges Energiesystem, geopolitische und internationale Entwicklungstrends, Potenziale und Szenarien für die Entwicklung in Deutschland sowie politische Strategien und Instrumente einer nachhaltigen Energiewirtschaft. Dabei wurden nicht nur die vielfältig vorhandenen Untersuchungen zu diesen Themen berücksichtigt; die Kommission hat auch zahlreiche Anhörungen durchgeführt

und Studien vergeben. Kernstudie war die Beschreibung verschiedener Entwicklungswege im Energiebereich bis zum Jahr 2050 in Szenarien unter der Annahme einheitlicher Rahmenbedingungen aber verschiedener technischer Ausprägungen.

In ihrem Ersten Bericht, der im November 2001 dem Deutschen Bundestag vorgelegt wurde, setzte sich die Kommission mit den Herausforderungen der Liberalisierung und der Globalisierung der Energiemärkte vor dem Hintergrund einer effizienten und umweltfreundlichen Versorgung basierend auf dem Leitbild der Nachhaltigkeit auseinander. Als Ergebnis wurde ein System von energiebezogenen Nachhaltigkeitskriterien entwickelt als Versuch, die wichtigsten ökonomischen, ökologischen und sozialen Faktoren im Energiebereich zu identifizieren. Daneben beinhaltet der Erste Bericht eine Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energiewirtschaft unter dem Einfluss des anthropogenen Klimawandels, der Entwicklung der weltweiten Energienachfrage und der Verfügbarkeit von Energieressourcen.

Mit dem jetzt vorgelegten Abschlussbericht kommt die Kommission dem Auftrag des Bundestages nach, dem politischen Willensbildungsprozess zur künftigen Energiepolitik eine belastbare, an wissenschaftlich-systematischen Kriterien orientierte Beratungsgrundlage zu schaffen. Neben der sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Energiedienstleistungen steht die Mitverantwortung Deutschlands als hochindustrialisiertes Land für die dringend erforderliche Reduzierung von Treibhausgasen sowie die Notwendigkeit, den Entwicklungsländern durch den Transfer von Know-how und Kapital den Anschluss an das Wohlstandsniveau der entwickelten Länder zu ermöglichen. Bei aller Sorge um eine nachhaltige Energieversorgung unseres Landes darf man nicht übersehen, dass zwei Milliarden Menschen auf der Welt keinen sicheren Zugang zu verlässlicher und sauberer Energie haben.

Der Abschlussbericht der Kommission kann leider nicht als breiter Konsentext übergeben werden, sondern in der Form eines Mehrheitstextes der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einerseits sowie ausführlicher Minderheitenvoten der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und der Fraktion der PDS andererseits; zu groß waren die unterschiedlichen Grundeinstellungen und Analysen der Kommissionsmitglieder in wesentlichen Punkten. Dies ist um so bedauerlicher als es gerade das Ziel einer Enquete-Kommission ist, über unterschiedliche Parteiprogramme hinweg und ungeachtet der aktuellen Mehrheitsverhältnisse im Parlament Wege für Entscheidungen aufzuzeigen, die weit

in die Zukunft reichen und die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen sichern sollen.

Das Ziel, einen verlässlichen Rahmen über ein bis zwei Jahrzehnte zu gestalten, wurde verfehlt. Dies bleibt eine Herausforderung für die nächste Wahlperiode.

Berlin, den 28. Juni 2002

Kurt-Dieter Grill, MdB

Vorsitzender der Enquete-Kommission

„Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“